

Mehr Demokratie wagen?

Anmerkungen zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011 in Singapur

Anfang Mai 2011 fanden in Singapur Parlamentswahlen statt und trotz erneuter Stimmenverluste stellt die seit der Unabhängigkeit ununterbrochen regierende *People's Action Party* (PAP) auch im neu gewählten Parlament mit 81 der insgesamt 87 Sitze die Parlamentsmehrheit.

Rolf Jordan

Die Wahl, bei der es der Opposition nicht nur gelungen ist, erstmals in nahezu allen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen und so die regierende PAP umfassend herauszufordern, sondern zugleich auch Parlamentssitze in bisher nicht erreichter Zahl zu erobern, wird von vielen Beobachtern als erster wichtiger Schritt zu einer ›Normalisierung‹ des politischen Systems gewertet.

Auch die Präsidentschaftswahlen Ende August 2011, bei denen erstmals seit 1993 wieder mehrere Kandidaten gegeneinander antraten, haben der regierenden PAP ein denkbar knappes Ergebnis beschert. Der der Regierungspartei nahestehende Kandidat, Tony Tan, konnte gerade einmal mit einem Vorsprung von knapp 7.400 Stimmen (0,34 Prozent der abgegebenen Stimmen) die Wahl zum siebten Präsidenten des südostasiatischen Stadtstaates für sich entscheiden.

Beide Wahlergebnisse signalisieren einen deutlichen Zustimmungsverlust für die seit mehr als fünfzig Jahren unangefochten regierende PAP und es treten erste Zweifel auf, ob mit den Wahlen von 2011 ein Ende der politischen Dominanz der Partei und somit der Beginn eines Zwei- oder Mehrparteiensystems eingeläutet wurde.

Hohe Verluste für die PAP bei der Parlamentswahl 2011

Trotz weiterer Stimmenverluste hat die seit der Unabhängigkeit des Stadtstaats unangefochten regierende *People's Action Party* (PAP) auch in der jüngsten Parlamentswahl 81 der insgesamt 87 Sitze und damit eine komfortable Parlamentsmehrheit

errungen. Gleichzeitig verzeichnet die seit Jahrzehnten eher schwache Opposition mit dem Gewinn von insgesamt sechs Parlamentssitzen einen als historisch zu bezeichnenden Wahlerfolg. Dies umso mehr, als es der *Workers' Party* (WP) erstmals gelang, eine *Group Representation Constituency* (GRC), in dem gleich fünf Kandidaten aufgestellt werden müssen, zu erringen.

Lange Zeit galt die Einrichtung solcher Gruppenwahlkreise als eine der vielen Maßnahmen, mit der die regierende PAP – bisher sehr erfolgreich – versuchte, die Wahlchancen der Opposition zu minimieren. Denn Kandidaturen in solchen GRC mit ihren je nach Wahlkreischnitt bis zu sechs aufzustellenden Kandidaten, die noch dazu aus allen ethnischen Gruppen stammen müssen, bündeln eine hohe Zahl an politischem Personal, über das die Opposition bisher nur in begrenztem Maße verfügte. In früheren Parlamentswahlen stellten Oppositionsparteien zwar in allen Einzelwahlkreisen, so genannten *Single Member Constituencies* (SMC) Kandidaten auf, aber nur in einer begrenzten Zahl an GRC. Und bisher war es Oppositionsparteien auch nur in Einzelwahlkreisen gelungen, Parlamentssitze zu erringen. Dies schränkte die Möglichkeiten der Oppositionsparteien auf nennenswerte Sitzgewinne bei Parlamentswahlen bereits von Beginn an deutlich ein. Begünstigt wurde das Erstarken der Oppositionskräfte vor allem durch eine große Zahl junger, gut ausgebildeter Kandidaten, die 2011 für Oppositionsparteien antraten und das Vertrauen der Wähler in die politischen Fähigkeiten der Opposition stärkten (Wall Street Journal, 10. Mai 2011).

Es ist ein – vor allem für die Opposition – wichtiges Ergebnis, dass der amtierende Premierminister Lee Hsien Loong auch in der zweiten Parlamentswahl seiner Amtszeit deutliche Stimmenverluste seiner Regierungspartei PAP zu verbuchen hat. Bereits 2006 verzeichnete die PAP Verluste von nahezu neun Prozent; 2011 fällt ihr Stimmenanteil a-

Der Autor ist promovierter Politikwissenschaftler und arbeitet seit Jahren intensiv zu politischen und sozialen Entwicklungen in Südostasien.

bermals um 6,5 Prozent von 66,6 Prozent auf nur noch 60,1 Prozent. Dass die PAP trotz dieses niedrigen Wählerzuspruchs weiterhin die überwiegende Mehrheit der Parlamentssitze beanspruchen kann, verdankt sie einzig dem herrschenden Mehrheitswahlrecht, das die bisher noch schwache Opposition in besonderem Maße benachteiligt.

In dieser Hinsicht ist es besonders bemerkenswert, dass es der Opposition nicht nur gelungen ist, erstmals auch einen Gruppenwahlkreis zu erobern, sondern dass sie der PAP auch in weiteren Wahlkreisen zum Teil sehr knappe Ergebnisse beschere konnte. Neben Einzelwahlkreisen, in denen sich die PAP mit 50,5 Prozent bzw. 51 Prozent nur sehr knapp behaupten konnte, fielen die Siege der Regierungspartei auch in einigen Gruppenwahlkreisen nur sehr bescheiden aus,¹ in anderen verzeichnete die PAP hier Stimmenverluste von mehr als zehn Prozent.



Aus der Wahl ist die *Workers' Party* (WP) unter ihrem Generalsekretär Low Chia Kiang eindeutig als stärkste Oppositionskraft hervorgegangen. Die WP konnte sich sowohl im Einzelwahlkreis Hougang behaupten, dessen Parlamentsmandat sie bereits seit Jahren innehat, als auch die fünf Mandate des Gruppenwahlkreises Alljunied erringen und dabei dem PAP-Kandidatenteam unter George Yeo, einem führenden PAP-Politiker,² eine Niederlage zufügen. Bereits 2006 hatte sich die PAP in Alljunied nur knapp gegen die WP behaupten können, 2011 erzielte die Regierungspartei in dem Wahlkreis nur noch knapp 45 Prozent der Stimmen. In Hougang konnte die WP ihren Stimmenanteil von 62,7 Prozent (2006) auf 64,8 Prozent weiter erhöhen. Demgegenüber bedeuten die zum Teil guten Wahlergebnisse, die die anderen Oppositionsparteien in ihren Wahlkreisen erringen konnten, jedoch keine weiteren Mandatsgewinne, auch wenn Oppositionspolitiker wie James Gomez, der für die *Singapore Democratic Party* (SDP) angetreten war,³ der PAP mit seinem Team im Gruppenwahlkreis Sembawang einen deutlichen Stimmverlust von minus 12,8 Prozent beschere.

Zentrale Themen der Parlamentswahl

Zu den zentralen Themen der aktuellen Parlamentswahl gehörten die steigenden Lebenshaltungskosten in Singapur, die nicht nur die unteren Einkommensgruppen, sondern zunehmend auch mittlere Haushaltseinkommen betreffen, sowie eine wachsende Arbeitsmarktkonkurrenz durch eine anhaltend hohe Zahl ausländischer Arbeitskräfte (Agence France Presse, 19. April 2011). Weitere Themen waren die weiterhin fehlenden parlamentarischen Kontrollen in einem seit Jahrzehnten von der PAP dominierten Regierungssystem, aber auch die im internationalen Vergleich hohen Vergütungen von Ministern und anderen hohen Staatsbeamten in Zeiten, in denen viele Singapurere Lohn- und Gehaltsverluste zu verzeichnen haben.

Mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 14,5 Prozent gehörte Singapur 2010 zu der am stärksten wachsenden Ökonomie Asiens. Doch für die meisten Haushalte Singapurs bedeutet diese hohe Wachstumsrate vor allem auch steigende Lebenshaltungskosten und einen spürbaren Verlust der Kaufkraft. Zwischen Mai 2010 und Mai 2011 sind die Preise für Lebensmittel nach Angaben des statischen Amtes Singapurs um 2,8 Prozent angestiegen. Insgesamt erreichte die Inflationsrate in den Monaten vor der Wahl die Marke von sechs Prozent, was zu einer massiven Entwertung der Kaufkraft vor allem mittlerer und unterer Haushaltseinkommen beitrug (The Star (Malaysia), 2. April 2011).

Gleichzeitig sehen viele Menschen in Singapur durch diese Entwicklung auch den Wert ihrer Ersparnisse und vor allem ihrer Altersversorgung gefährdet. Die Verzinsung ihrer Rücklagen in der staatlichen Altersversorgung, dem *Central Provident Fund* (CPF), lag mit zuletzt jährlichen 2,5 Prozent deutlich unter der Inflationsrate. Vor allem Beziehende niedriger Einkommen, die ohnehin nur mit knappen Altersversorgungsbezügen rechnen können, müssen nun mit einer nochmals deutlich geringeren Altersrente rechnen, die angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten kaum zum Leben reichen könnte. Die wachsenden Risiken der Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung wurden von allen Oppositionsparteien in ihren Wahlkampagnen aufgegriffen und als ein wichtiges Wahlkampfthema gegen die regierende PAP genutzt (Associated Press, 10. Januar 2011).

Zu dem enormen Wirtschaftswachstum beigetragen hat nicht zuletzt auch die große Zahl ausländischer Arbeitskräfte, die aufgrund vereinfachter Zulassungsbestimmungen in den letzten Jahren Zugang zum Singapurere Arbeitsmarkt gefunden haben. Allein zwischen 2007 und 2009 vergab die Regierung jährlich bis zu 130.000 Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitskräfte sowohl im unteren wie auch

im oberen Beschäftigungssegment, so dass 2010 bereits mehr als 1,3 Millionen Ausländer im Stadtstaat lebten – bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 5,1 Millionen. Folge dieser starken Zuwanderung von Arbeitskräften ist eine wachsende Arbeitsmarktkonkurrenz auch für die insgesamt gut ausgebildete Mittelschicht, deren Mitglieder es zunehmend als schwierig empfinden, eine gut bezahlte Beschäftigung zu finden. Gleichzeitig sind geringer qualifizierte Arbeitnehmer durch die Zuwanderung von Arbeitsmigranten mit stagnierenden Einkommen konfrontiert, die kaum noch ausreichen, die steigenden Kosten für Wohnen, Transport und vor allem Lebensmittel zu decken.

Kandidaten verschiedener Oppositionsparteien, und hier vor allem der NSP, der SDP und der Reform Party, aber auch der siegreichen Workers' Party, haben entsprechende Ressentiments, die innerhalb der Bevölkerung vorherrschen, im Wahlkampf erfolgreich aufgegriffen und mit ihrer Kritik an der Politik der regierenden PAP um Wählerstimmen geworben (Agence France Presse, 30. April 2011). Angesichts der Tatsache, dass die Opposition das Thema der Arbeitsmigration massiv für ihren Wahlkampf nutzte, sah sich die Regierung bereits vor der Wahl zu der Ankündigung gezwungen, die Zahl der jährlich zu vergebenden Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitskräfte in den kommenden Jahren drastisch zu reduzieren (Associated Press, 10.1.2011).

Entscheidend dürfte im Hinblick auf zukünftige Wahlchancen auch die Ankündigung sein, die hohen Einkommen der Kabinettsmitglieder zu beschneiden. Unmittelbar nach Vereidigung des neuen Kabinetts richtete die Regierung eine Kommission zur Überprüfung der Ministergehälter ein. Diese liegen aktuell zwischen eineinhalb und drei Millionen Singapurdollar (knapp 850.000 bis 1,7 Millionen Euro) und zählen damit zu den höchsten weltweit (Agence France Presse, 22. Mai 2011). Eher kosmetischer Natur erscheint dagegen eine weitere Reaktion auf die hohen Stimmenverluste der Regierungspartei: nur wenige Tage nach der Wahl legten mit dem ersten Premierminister Lee Kuan Yew und seinem Amtsnachfolger, Goh Chok Tong, zwei führende PAP-Politiker ihre Parlamentsmandate nieder, um – so die offizielle Begründung – einer jüngeren Generation von Politikern innerhalb der Partei den Weg frei zu machen (Agence France Presse, 15.5.2001; Associated Press, 8.7.2011).

PAP-naher Kandidat knapp zum Präsidenten gewählt

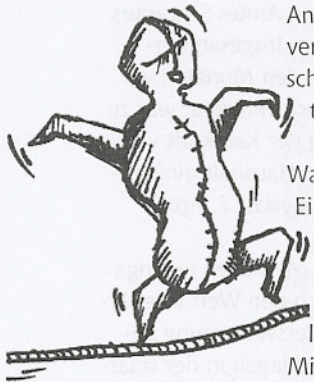
Nur wenige Monate nach den Parlamentswahlen waren Singapurs Bürger erneut zur Wahl aufgerufen – diesmal zur Wahl des Präsidenten. Zum ersten Mal seit 1993 hatten die Wähler dabei wieder die Auswahl zwischen mehreren Kandidaten, nachdem der

letzte Präsident, S.R. Nathan, gleich für zwei Amtsperioden ohne Gegenkandidat ins Amt gekommen war. Am 27. August 2011 traten vier Kandidaten um das Amt des siebten Präsidenten des Stadtstaats gegeneinander an.

Als Sieger ging der 71-jährige Tony Tan aus der Wahl hervor. Allerdings konnte der der regierenden PAP nahestehende Tan die Wahl nur mit einem denkbar knappen Ergebnis für sich entscheiden. Lediglich knapp 7.400 Stimmen (das entspricht 0,34 Prozent der abgegebenen Stimmen) trennten ihn vom zweitplatzierten Tan Cheng Bock, einem langjährigen PAP-Parlamentarier, der sich allerdings in seinem Wahlkampf glaubhaft als unabhängiger Kandidat präsentierte. Das drittbeste Ergebnis erzielte mit etwa 25 Prozent der Stimmen der Kandidat der oppositionellen *Singapore Democratic Party* (SDP), Tan Jee Say (Associated Press, 28. August 2011). Zwar handelte es sich gleich bei drei der vier angetretenen Präsidentschaftskandidaten um ehemalige PAP-Funktionäre, doch lediglich Tony Tan wurde auch öffentlich von führenden PAP-Politikern, wie dem amtierenden Premierminister Lee Hsien Loong, in seiner Kandidatur unterstützt. Somit wurde bereits im Vorfeld der Wahl vor allem das Abschneiden Tony Tans als weiterer wichtiger Gradmesser für die Zustimmung der Bevölkerung zur Politik der regierenden PAP gewertet (Wall Street Journal, 3.8.2011).

Das Amt des Präsidenten ist weitgehend repräsentativer Natur, beinhaltet aber zugleich Vetorechte in einigen Bereichen, die für die Machtausübung der PAP von großer Bedeutung sind. So entscheidet der Präsident über die Benennung wichtiger Posten, wie den Präsidenten des obersten Gerichtshofes, den Generalstaatsanwalt, aber auch wichtiger Ämter in Militär und Polizei. Er muss außerdem Maßnahmen im Rahmen des *Internal Security Act* (ISA) bestätigen, einem Sonderrecht, das es den Behörden erlaubt, verdächtige Personen auch ohne Anklage und Prozess auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren (Wall Street Journal, 31. August 2011). Über die Zulässigkeit des ISA und seiner Anwendung gegenüber oppositionellen Kräften war es im Vorfeld der Präsidentschaftswahl unter anderem zwischen dem PAP-nahen Tony Tan und dem Oppositionskandidaten Tan Jee Say zu einem öffentlichen Disput gekommen (Yahoo News, 12. August 2011).

Zu den wichtigsten Funktionen des Präsidentenamtes gehört aber sicherlich die Kontrolle der umfangreichen Währungsreserven, die unter anderem von der staatlichen *Government of Singapore Investment Corporation* (GIC) unter dem Vorsitz des ehemaligen Premierministers Lee Kuan Yew verwaltet werden. Mit dem neuen Präsidenten Tony Tan wechselt nun der ehemalige Vizepräsident der GIC auf den Posten des Oberaufsehers über die Währungsreserve, die auf einen Umfang von mehr als 240 Milliarden Singapur-Dollar, knapp 136,5 Milli-



arden Euro, geschätzt werden (Agence France Presse, 23. Juni 2011). Ob Tan in seiner neuen Funktion für eine stärkere Transparenz bei der Verwaltung und Verwendung der Reserven sorgen wird, wie von der Opposition und vielen Bürgern Singapurs gefordert, darf zumindest bezweifelt werden.

Auf dem Weg zu mehr Demokratie?

Sowohl die sinkenden Stimmanteile der regierenden PAP bei der Parlamentswahl als auch das eher schlechte Abschneiden des regierungsnahen Präsidentschaftskandidaten müssen als deutliches Anzeichen für einen schwindenden Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung gedeutet werden. Eine Einschätzung, die auch durch eine Telefonumfrage des *Institute of Policy Studies* unmittelbar nach der Parlamentswahl bestätigt wird.⁴ Auch hier zeigte sich eine hohe Unzufriedenheit der Befragten mit steigenden Wohnungspreisen, stagnierenden Einkommen und einer anhaltend hohen Zahl an Arbeitsmigranten im Stadtstaat. Offensichtlich wachsen die Zweifel daran, dass die PAP in der Lage (oder auch gewillt) ist, diese Probleme adäquat anzugehen, denn gegenüber 2006 ist ein Rückgang der Zustimmung zur Politik der PAP-Regierung von 87 Prozent auf 73 Prozent zu verzeichnen (Associated Press 8. Juli 2011).

Einzig das Mehrheitswahlrecht stellt sicher, dass die PAP trotz eines Stimmenanteils von lediglich rund 60 Prozent noch immer 93 Prozent der Mandate und damit eine äußerst komfortable Parlamentsmehrheit verbuchen kann. Die zum Teil sehr knappen Ergebnisse in einigen Wahlkreisen machen aber deutlich, dass es der Opposition bereits bei der nächsten Wahl gelingen könnte, weitere Gruppenwahlkreise zu gewinnen und damit die Zahl ihrer Mandate soweit zu erhöhen, dass die PAP die absolute Parlamentsmehrheit und damit auch die Möglichkeit, Verfassungsänderungen durchzuführen, verlieren könnte. Dies hätte ebenso Auswirkungen auf die bisherige Politik der PAP, durch Wahlrechtsänderungen oder die Neustrukturierungen von Wahlbezirken wie in der Vergangenheit die Wahlbeteiligungsmöglichkeiten der Opposition einzuschränken.

Erste Anzeichen hierfür bieten jüngste Maßnahmen im soeben von der oppositionellen *Workers' Party* (WP) eroberten Gruppenwahlkreis Aljunied. Um zu verhindern, dass die Oppositionspartei zukünftig öffentliche Plätze in ihrem Wahlkreis für eigene Auftritte nutzen kann, wurde die Verwaltung des öffentlichen Raums in dem Wahlkreis von der Ebene des WP-dominierten *Town Councils* auf die staatliche Ebene verlagert, um so die Partei gegebenenfalls an der Nutzung des öffentlichen Raums für eigene politische Zwecke hindern zu können (Wall Street Journal, 31. August 2011). Damit hat die PAP einmal mehr deutlich gemacht, dass sie auch nach

den Stimmverlusten in der jüngsten Parlamentswahl die politisch dominante Kraft im Stadtstaat zu bleiben gewillt ist.

Gleichwohl hat die *Workers' Party* mit dem erstmaligen Sieg einer Oppositionspartei in einem Gruppenwahlkreis ihre Position als wichtigste Oppositionspartei weiter gefestigt. Und möglicherweise markiert das jüngste Wahlergebnis auch bereits eine Veränderung in Richtung einer stärker demokratischen Kultur und einem Zweiparteiensystem in Singapur. Politische Kommentatoren, wie der Singapurere Soziologe Chua Beng Huat, sprechen in diesem Zusammenhang bereits von einer ›Normalisierung‹ der politischen Verhältnisse. Aber weder die Tatsache, dass erstmals in nahezu allen Wahlkreisen Oppositionskandidaten zur Wahl antraten, noch das insgesamt sehr gute Abschneiden der Oppositionsparteien können darüber hinwegtäuschen, dass sich die Opposition gegenüber der regierenden PAP insgesamt weiter in einer Position der Schwäche befindet. Nur wenn es der Opposition gelingt, aufgrund klarer politischer Zielsetzungen für potenzielle Wähler als wirkliche Alternative zur PAP wahrgenommen zu werden, wird es ihr gelingen, auch in zukünftigen Wahlen Stimmgewinne zu verbuchen.

Anmerkungen

- 1) Marine Parade ist der Wahlkreis von Goh Chock Tong, der im November 1990 den langjährigen Premierminister Lee Kuan Yew im Amt ablöste und seinerseits im August 2004 von dessen Sohn, dem jetzigen Premierminister Lee Hsien Loong abgelöst wurde.
- 2) Georg Yeo war zur Zeit der Wahl amtierender Außenminister Singapurs und hat sich in Reaktion auf seinen Mandatsverlust unmittelbar nach der Parlamentswahl aus der aktiven Politik zurückgezogen.
- 3) Der Generalsekretär der SDP, Chee Soon Juan, konnte, wie schon 2006 auch 2011 nicht als Kandidat für seine Partei antreten, der er zuvor in einem Verfahren zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden war, weil er ohne Erlaubnis der Behörden in der Öffentlichkeit gesprochen hatte. Aufgrund der Tatsache, dass er die Geldstrafe nur mit Hilfe von Spendenmitteln seiner Unterstützer begleichen konnte, wurde er offiziell für bankrott erklärt, was ihn von einer Kandidatur für das Parlament ausschließt. Vergleiche hierzu auch: Jordan, Rolf: Im Kampf gegen Lügner und Schwindler. Oppositioneller Chee Soon Juan unterliegt erneut vor Gericht, in: Südostasien. Politik – Kultur – Dialog, Heft 3, 2008.
- 4) Beim Institute of Policy Studies handelt es sich um einen politikwissenschaftlichen Think Tank der Lee Kuan Yew School of Public Policy an der National University of Singapore (NUS).



win